



Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 44. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordneter
Guido Henke
(DIE LINKE)

Denkmalausweisung Dessau-Wörlitz

Im Amtsblatt Dessau-Roßlau Nr. 2 2020 wurde eine Benachrichtigung gem. §§ 2 und 18 Abs. 2 DenkmSchG LSA veröffentlicht. Das Landesamt für Denkmalschutz und Archäologie Sachsen-Anhalt (LDA) hat für den Denkmalbereich Kulturlandschaft Gartenreich Dessau-Wörlitz die Denkmalausweisung neu vorgenommen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum erfolgte vor der Präzisierung der Denkmalausweisung keine Beteiligung der Gemeinden und Einwohner*innen?
2. Welche Möglichkeiten bestehen für Gemeinden und Einwohner*innen zur Beteiligung in diesem Verfahren?

2. Abgeordneter
Hannes Loth
(AfD)

Eichenprozessionsspinner - Gefahrenabwehr im Landeshaushalt

Im Einzelplan 09 - Bereich Landwirtschaft - wird unter den Erläuterungen zum Titel 232 06 ausgeführt: „Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners im Interesse der Allgemeinheit zur Abwehr erheblicher Gefahren an Radwegen der Klasse 1 außerhalb von Wäldern als gemeinsame Schutzmaßnahme durch das Ministerium für Inneres und Sport, das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration zu jeweils einem Drittel der Gesamtkosten“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Unter welchem Titel im Haushalt werden Gelder - in welcher Höhe - zur Gefahrenabwehr im Bereich des Ministeriums für Inneres und Sport bereitgestellt?
2. Unter welchem Titel im Haushalt werden Gelder - in welcher Höhe - zur Gefahrenabwehr im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung bereitgestellt?

3. Abgeordnete
Lydia Funke
(AfD)

Verwaarloste Pferde in Lützen

In den Medien (Bildzeitung, am 17.02.2020 und Mitteldeutsche Zeitung, am 18.02.2020) wurde über tierschutzrelevante Missstände in einer privaten Pferdehaltung in Lützen (Burgenlandkreis), im November 2019, berichtet. Drei Pferde hatten extreme Schnabelhufe. Von diesen wurde eine Stute mit weiteren Erkrankungen eingeschläfert. Dem Pferdehalter wurde ein Halungsverbot ausgesprochen und es wurde Strafanzeige erstattet.

Ich frage die Landesregierung:

1. War diese private Pferdehaltung den Veterinärbehörden bekannt und wann wurde sie das letzte Mal - mit welchem Ergebnis - amtlich kontrolliert?
2. Welches Ergebnis erbrachte das eingeleitete Strafverfahren?

4. Abgeordneter
Sebastian Striegel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Glücksspielregulierungsbehörde

Der Entwurf eines Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland, auf den sich die Chefin und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder auf einer Sonderberatung am 17./18. Januar 2020 vorbehaltlich der Zustimmung der Regierungschefinnen und -chefs verständigt haben, zieht eine gemeinsame Glücksspielregulierungsbehörde aller Bundesländer nach sich.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Landesregierung für die Ansiedlung der gemeinsamen Glücksspielregulierungsbehörde aller Bundesländer in Sachsen-Anhalt eingesetzt?
2. Welcher Standort wird als Sitz der Behörde in Sachsen-Anhalt favorisiert?

5. Abgeordneter
Stefan Gebhardt
(DIE LINKE)

Vorzeitiger Maßnahmebeginn Projektförderung

Laut Rückmeldung von Akteuren der Kulturförderung liegen für einen Großteil der Projektförderanträge gemäß Kulturförderrichtlinie mit beantragtem vorzeitigem Maßnahmebeginn selbige für das Haushaltsjahr 2020 aktuell nicht vor.

Ich frage die Landesregierung:

1. Erachtet die Landesregierung die Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns für Projektförderanträge gemäß Kulturförderrichtlinie des Landes als Widerspruch zum Runderlass des Finanzministeriums zur Vorläufigen Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2020 vom 9.12.2019?
2. Wenn ja, aus welchem Grund - wenn nein, warum schätzt die Landesregierung die Erteilung als Widerspruch zum Runderlass ein?

6. Abgeordnete
Christina Buchheim
(DIE LINKE)

Ausweisung junger Auszubildender in Köthen

Unter der Überschrift „Rechtsbruch gegen Azubis?“ informierte die Köthener Zeitung (Lokalredaktion der Mitteldeutschen Zeitung) am 20. Februar 2020 über die Ausreiseaufforderung und Abschiebeandrohung, die zwei junge Auszubildende - ein Guineer sowie ein Eritreer - durch das Amt für Ausländerangelegenheiten des Landkreises Anhalt-Bitterfeld erhalten haben. Die Geschäftsführerin des ausbildenden Traditionsbetriebes, das Betonwerk Köthen/Hans Abel GmbH und Co. KG, betont mit Nachdruck deren vorbildliche Integration und Lernmotivation, die zu einer Festanstellung nach der Ausbildung führen würden. Auch viele Bürger_innen in Köthen teilen die Empörung und das Unverständnis gegenüber dieser behördlichen Entscheidung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung diese Rechtsauslegung des Bitterfelder Amtes für Ausländerangelegenheiten?
2. Sind der Landesregierung unterschiedliche Rechtsauffassungen bzw. Auslegungspraxen in den einzelnen Ämtern der Landkreise und kreisfreien Städte bekannt?

7. Abgeordnete
Henriette Quade
(DIE LINKE)

Ausweisung junger Auszubildender in Köthen

Unter der Überschrift „Rechtsbruch gegen Azubis?“ informierte die Köthener Zeitung (Lokalredaktion der Mitteldeutschen Zeitung) am 20. Februar 2020 über die Ausreiseaufforderung und Abschiebeandrohung, die zwei junge Auszubildende - ein Guineer sowie ein Eritreer - durch das Amt für Ausländerangelegenheiten des Landkreises Anhalt-Bitterfeld erhalten haben. Die Geschäftsführerin des ausbildenden Traditionsbetriebes, das Betonwerk Köthen/Hans Abel GmbH und Co. KG, betont mit Nachdruck deren vorbildliche Integration und Lernmotivation, die zu einer Festanstellung nach der Ausbildung führen würden. Auch viele Bürger_innen in Köthen teilen die Empörung und das Unverständnis gegenüber dieser behördlichen Entscheidung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hält die Landesregierung an folgenden Grundsätzen aus dem Koalitionsvertrag weiter fest?:
„Viele Flüchtlinge kommen gerade nach Deutschland, weil sie unsere Werte und unser Land schätzen. Sie strengen sich an, unsere Sprache zu erlernen, respektieren selbstverständlich unsere Regeln und bemühen sich mit aller Kraft, arbeiten zu können, um sich in Deutschland ein neues, besseres Leben aufzubauen. Diesen Integrationswillen wollen wir fördern und unterstützen, wir fordern ihn aber auch verbindlich ein. (...) Aufgrund der sich verändernden demographischen Rahmenbedingungen und des entstehenden Fachkräftemangels, der auch durch Zuwanderung zu schließen sein wird, bedarf es eines zukunftsorientierten Gesellschaftsvertrages, der unter Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte entstehen muss.“
2. In welcher Weise gedenkt die Landesregierung im beschriebenen Fall im Sinne der Umsetzung des Koalitionsvertrages und der Einhaltung des geltenden Rechts tätig zu werden?

8. Abgeordneter
Thomas Lippmann
(DIE LINKE)

Mehrkosten der Lutherstadt Wittenberg infolge des Reformationsjubiläums 2017

Infolge der Ausrichtung des Reformationsjubiläums 2017 sind für die Lutherstadt Wittenberg erhebliche Mehrkosten entstanden. Die Gesamtsumme der bisher feststehenden Mehrausgaben, die entsprechend durch Rechnungen belegt werden können belaufen sich auf 2.248.928,12 Euro. Seitens der Lutherstadt Wittenberg wurde ebenfalls angezeigt, dass noch weitere Mehrkosten in Höhe von 4,7 Millionen Euro entstehen können.

In der 70. Sitzung des Finanzausschusses am 06.11.2019 führte Finanzminister Richter an, dass in seinem Haus aktuell ein Prüfungsverfahren bezüglich der entstandenen Mehrkosten laufe.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand des Prüfverfahrens im Finanzministerium über die feststehenden Mehrausgaben der Stadt Wittenberg?
2. Wann kann mit Abschluss des Prüfverfahrens gerechnet werden?

9. Abgeordneter
Willi Mittelstädt
(AfD)

Artensofortförderung

Für 2020 und 2021 werden in der Titelgruppe 64 „Artensofortförderung“ je Haushaltsjahr 5,0 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann beginnt und endet der Zeitraum der Einreichung für Förderanträge zur „Artensofortförderung“ für die Haushaltsjahre 2020/2021 und wo wird dies veröffentlicht?
2. Welche Förderschwerpunkte (außer den benannten Pflegemaßnahmen) und Arten (z. B. bei den benannten Fledermäusen) werden in welchem Haushaltsjahr konkret gefördert und wo wird dies veröffentlicht?

10. Abgeordneter
Daniel Roi
(AfD)

Müllimporte nach Sachsen-Anhalt sowie zur Deponie DK II in Roitzsch

An die Unterrichtung zur Thematik (Stand der Daten von 2016) im Stenografischen Bericht des Landtages 7/43 (26.01.2018) soll hiermit angeknüpft werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich das jährliche Gesamtaufkommen (in Tonnen) an notifizierungspflichtigen Abfällen - in den Teilmengen aus EU-Ländern und anderen Bundesländern, die seit 2017 nach Sachsen-Anhalt verbracht wurden - entwickelt?
2. Wie hoch ist der jeweilige Anteil an Importmüll (in Tonnen) - aus den in Frage 1 ermittelten Teilmengen der EU-Länder und anderen Bundesländern - der in der Deponie DK II in Roitzsch und im Landkreis Anhalt-Bitterfeld seit 2017 eingelagert wurde?

11. Abgeordneter
Volker Olenicak
(AfD)

Wiederfang markierter Bachforellen

Im Oktober 2008 wurden durch das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei Berlin-Friedrichshagen für veterinärmedizinisch-fischereibiologische Untersuchungen 250 Bachforellen aus der Bode bei Wendefurth entnommen, mit Heringsmarken markiert und unterhalb der Wehranlage Wendefurth wiedereingesetzt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Ergebnisse erbrachten die veterinärmedizinisch-fischereibiologischen Untersuchungen der Bachforellen?
2. Wann und wo wurden wie viele dieser markierten Bachforellen in der Bode, oder in anderen Gewässern, erneut gefangen bzw. zurückgemeldet?

12. Abgeordnete
Kristin Heiß
(DIE LINKE)

Mehrkosten der Lutherstadt Wittenberg infolge des Reformationsjubiläums 2017

Infolge der Ausrichtung des Reformationsjubiläums 2017 sind für die Lutherstadt Wittenberg erhebliche Mehrkosten entstanden. Die Gesamtsumme der bisher feststehenden Mehrausgaben, die entsprechend durch Rechnungen belegt werden können belaufen sich auf 2.248.928,12 Euro. Seitens der Lutherstadt Wittenberg wurde ebenfalls angezeigt, dass noch weitere Mehrkosten in Höhe von 4,7 Millionen Euro entstehen können.

In der 70. Sitzung des Finanzausschusses am 06.11.2019 führte Finanzminister Richter an, dass in seinem Haus aktuell ein Prüfungsverfahren bezüglich der entstandenen Mehrkosten laufe.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Höhe kann die Stadt Wittenberg eine Erstattung der Mehrkosten erwarten?
2. Wann soll eine Auszahlung an die Stadt Wittenberg erfolgen?

13. Abgeordnete
Monika Hohmann
(DIE LINKE)

Pädagogische Fachkräfte in therapeutischer Funktion

In Förderschulen in Sachsen-Anhalt arbeiten neben pädagogischen Mitarbeiter*innen in unterrichtsbegleitender Funktion auch pädagogische Mitarbeiter*innen in therapeutischer Funktion, die im Berufsalltag gleichberechtigt sind. Tarifrrechtlich unterliegen beide Berufsgruppen unterschiedlichen Regelungen, wodurch die päd. MA mit therapeutischer Funktion schlechter gestellt sind. Aufgrund des Personalmangels nehmen die pädagogischen Mitarbeiter*innen in therapeutischer Funktion zunehmend unterrichtsbegleitende Tätigkeiten wahr.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit plant die Landesregierung bei Neueinstellungen von pädagogischen Mitarbeiter*innen die Ungleichbehandlung zu beheben?
2. Welche Vorhaben plant die Landesregierung, um die Ungleichbehandlung bei den bestehenden pädagogischen Mitarbeiter*innen mit therapeutischen Aufgaben aufzuheben?

14. Abgeordneter
Sven Knöchel
(DIE LINKE)

Mehrkosten der Lutherstadt Wittenberg infolge des Reformationsjubiläums 2017

Infolge der Ausrichtung des Reformationsjubiläums 2017 sind für die Lutherstadt Wittenberg erhebliche Mehrkosten entstanden. Die Gesamtsumme der bisher feststehenden Mehrausgaben, die entsprechend durch Rechnungen belegt werden können belaufen sich auf 2.248.928,12 Euro. Seitens der Lutherstadt Wittenberg wurde ebenfalls angezeigt, dass noch weitere Mehrkosten in Höhe von 4,7 Millionen Euro entstehen können.

In der 70. Sitzung des Finanzausschusses am 06.11.2019 führte Finanzminister Richter an, dass in seinem Haus aktuell ein Prüfungsverfahren bezüglich der entstandenen Mehrkosten laufe.

Ich frage die Landesregierung:

Welche Sachverhalte hindern die Landesregierung, das Verfahren abzuschließen?